

osteuropa

52. JAHRGANG/HEFT 11/NOVEMBER 2002

| | |
|---|------|
| <i>Eckart D. Stratenschulte</i> Abschied von Illusionen – Osteuropa und der Europäische Wirtschaftsraum | 1391 |
| <i>Timofej V. Bordačev</i> Die neue Außenpolitik Rußlands und die Europäische Union | 1404 |
| <i>Gerd Stricker</i> „Die Zusammenarbeit trägt gute Früchte“. Zum Verhältnis von Staat und orthodoxer Kirche unter El'cin und Putin | 1418 |
| <i>Heinz Timmermann</i> Der Sonderfall Belarus' im Spannungsfeld zwischen Rußland und Europäischer Union | 1436 |
| <i>Marie-Carin von Gumpenberg</i> Zivilgesellschaft in Zentralasien | 1456 |
| <i>Mar'jam Jandieva</i> Der ethnisch-territoriale Konflikt im Prigorodnyj-Bezirk Nordossetiens. Eine inguschetische Sicht | 1473 |
| <i>Roland Scharff</i> Der Bajkal – eine traurige Ballade | 1491 |

Bücher und Zeitschriften

- Magarditsch Hatschikjan, Stefan Troebst: Südosteuropa (*Jörg Stadelbauer*)
- Christoph Pan, Beate Sibylle Pfeil, Hrsg.: Die Volksgruppen in Europa (*Eduard Gloeckner*)
- Dušan Šimko, Heiko Haumann, Hrsg.: Peace Perspectives for Southeast Europe (*Mojmir Križan*)
- Walter Kolbow, Heinrich Quaden, Hrsg.: Krieg und Frieden auf dem Balkan – Makedonien am Scheideweg (*Heinz Willemsen*)

- Bato Tomašević: Montenegro. Eine Familiensaga (*Stephan Hensell*)
- Keno Verseck: Rumänien (*Peter Ulrich Weiß*)
- Ulrich Burger: Misiunea Ethridge in Romania (*Peter Ulrich Weiß*)
- Mariana Hausleitner: Die Rumänisierung der Bukowina (*Peter Ulrich Weiß*)
- Transil'vanskij vopros. Vengero-rumynskij territorial'nyj spor i SSSR 1940-1946 (*Ulrich Burger*)
- Heinrich Mittelmann: Illustrierter Führer durch die Bukowina (*Peter Ulrich Weiß*)
- Eva Behring: Rumänische Schriftsteller im Exil 1945–1989 (*Mircea M. Pop*)
- Annett Müller: Abschied in Raten (*Peter Ulrich Weiß*)

Eingesandte Bücher

Bibliographie

A b s t r a c t s

Eckart D. Stratenschulte

Abschied von Illusionen – Osteuropa und der Europäische Wirtschaftsraum
Europa steht vor der Frage, was aus jenen Staaten in Osteuropa wird, die keine Beitrittsperspektive zur Europäischen Union haben. Ist es möglich, einen „festen äußeren Ring“ um die EU anzulegen, der verbindliche Strukturen unterhalb der Schwelle einer Mitgliedschaft bildet? In diesem Zusammenhang ist eine Osterweiterung der EFTA einschließlich der Mitgliedschaft der potentiellen neuen EFTA-Staaten im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) eine denkbare Möglichkeit. Es zeigt sich jedoch, daß die EFTA-Mitgliedschaft allein für die osteuropäischen Staaten kaum interessant sein dürfte und daß die EWR-Konstruktion für sie nicht paßt. Die Mitgliedschaft im EWR setzt die weitgehende Übernahme des EU-Gemeinschaftsrechts voraus. Hierzu sind Länder wie Rußland, Ukraine und Belarus' weder bereit noch in der Lage. Dennoch lohnt es sich, die Erfahrungen des Europäischen Wirtschaftsraums auszuwerten. Er ist das Modell einer abgestuften EU-Mitgliedschaft und zeigt, daß es „dritte Wege“ durchaus geben kann.

Timofej V. Bordačev

Die neue Außenpolitik Russlands und die Europäische Union

Die Osterweiterung der EU und die Folgen des 11. September stellen die Beziehungen zwischen Rußland und Europa vor neue Herausforderungen. Jenseits des Testfalls Kaliningrad gilt es neue Möglichkeiten der Kooperation zu entwickeln. Die Europapolitik zählte traditionell zu Rußlands außenpolitischen Prioritäten. Putin orientiert sich stärker als erwartet nach Westen. Verantwortlich dafür sind primär ökonomische Interessen. In Verbindung mit der sicherheitspolitischen Kooperation bildet die Ökonomisierung eine neue Agenda der rußländisch-europäischen Beziehungen. Dennoch divergieren die Interessen. Die EU will westliche Normen in Rußland festigen, Rußland will bei europäischen Entscheidungen mitreden, ohne sich an europäische Integrationsprozesse zu binden. Beide Seiten müssen eine Strategie der engen Anbindung ohne Einbindung entwickeln.

Gerd Stricker

„Die Zusammenarbeit trägt gute Früchte“

Zum Verhältnis von Staat und orthodoxer Kirche unter El'cin und Putin

Für die Russisch-Orthodoxe Kirche brachte der Zusammenbruch des Kommunismus Befreiung von Repression, aber auch Verunsicherung, da ihr die ungewohnten demokratischen Rituale wie Wahlen einen Loyalitätskonflikt bescherten. Die Suche der Kirche nach Staatsnähe und Anlehnung an einen „starken Mann“ sowie das Bemühen des Staates um Unterstützung durch die statistisch bedeutendste gesellschaftliche Organisation sind entscheidende Faktoren einer Annäherung, die heute das Verhältnis von Staat und Kirche charakterisiert. Präsident Putin als praktizierender Orthodoxer ist aber darauf bedacht, sein Handeln nicht zu sehr von der Loyalität zur Kirche bestimmen zu lassen. Jedoch wird die Orthodoxie gegenüber anderen Religionsgemeinschaften entschieden privilegiert und bildet den ideologischen Kern des alt-neuen Patriotismus. Das Moskauer Patriarchat ist nicht im klassischen Sinne Staatskirche, hat aber durch seinen von Putin unterstützten patriotischen und moralisch-ethischen Anspruch eine quasi-offizielle Funktion in Rußland.

Heinz Timmermann

Der Sonderfall Belarus' im Spannungsfeld zwischen Rußland und Europäischer Union

In Osteuropas Transformation bildet Belarus' einen Sonderfall. Innenpolitisch läßt sich das Land als Antimodell zu den Reformstaaten im Umfeld charakterisieren. Geprägt ist es durch eine Politik der Restauration sowjetischer Merkmale. Dies sind ein autoritäres politisches Regime, ein reformresistentes Wirtschaftssystem sowie die Repression pluralistischer Ansätze in Politik und Gesellschaft. In seinen Außenbeziehungen bezieht das Regime antiwestliche Positionen, die erst unter Einfluß der internationalen Neupositionierung Rußlands gelockert werden. Statt dessen betreibt das Regime eine Vereinigung mit Rußland auf gleichberechtigter Basis.

Marie-Carin von Gumpenberg Zivilgesellschaft in Zentralasien

Trotz staatlicher Repressionen gibt es in allen zentralasiatischen Staaten Nichtregierungsorganisationen. Sie leisten hier wertvolle Arbeit. Sie substituieren staatliche Dienstleistungen und kontrollieren staatliches Vorgehen. Auch in politisch stagnierenden Regimen wie Uzbekistan und Turkmenistan sind wenige Nichtregierungsorganisationen aktiv. In politisch liberaleren Regimen wie Kasachstan, Kirgizstan und Tadschikistan hingegen existiert eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Vereinigungen, die sich aber nicht immer durch Professionalität auszeichnen. Die internationale Gebergemeinschaft hat zwar wesentlich zur Entwicklung der Nichtregierungsorganisationen beigetragen. Allerdings war diese Unterstützung nicht immer ausgewogen und nachhaltig.

Mar'jam Jandieva Der ethnisch-territoriale Konflikt im Prigorodnyj-Bezirk Nordossetiens Eine inguschetische Sicht

Die ethnischen Spannungen zwischen Inguschen und Osseten sind nicht Ursache, sondern Folge eines Konflikts um ein Stück Land, konkret den Prigorodnyj-Bezirk. Historischer Hintergrund ist die Politik des russländischen „Zentrums“ (d.h. Moskaus) im Nordkaukasus auch in der postsowjetischen Periode, die sehr auf die Tschetschenien-Problematik konzentriert ist: Die „ethnischen Säuberungen“ an den Inguschen im Prigorodnyj-Bezirk von 1992, die in die neuere Geschichte Russlands als „inguschisch-ossetischer Konflikt“ eingingen, waren das Vorspiel zum ersten, Ende 1994 entfesselten Tschetschenien-Krieg, der 1996 beendet wurde und ebenso wie der seit September 1999 andauernde zweite Tschetschenien-Krieg zu gewaltigen Verlusten unter der tschetschenischen Zivilbevölkerung führte. Der Konflikt zwischen Inguschen und Osseten ist im Westen nur in Fachkreisen auf Interesse gestoßen – obwohl die betroffenen Inguschen meist bis heute an seinen Folgen zu tragen haben.

Roland Scharff Der Bajkal – eine traurige Ballade

Seit über vierzig Jahren wird die ökologische Gefährdung des Bajkalsees diskutiert. Die Industrieansiedlungen in Ufernähe standen noch nicht, da gab es zwischen Vertretern der Akademie der Wissenschaften, der Partei und des Planungsamtes erste Auseinandersetzungen um die ökologischen Folgen dieser Bauvorhaben. Die Kontroversen halten an, die ökologische Destabilisierung dieses einzigartigen Naturwunders schreitet fort. Die Regierung sucht Lösungswege über neue Gesetze. Es ist vor allem das Verdienst von NGO, die Öffentlichkeit über das Ausmaß der Schäden zu informieren, deren Verursacher zu identifizieren und Lösungsstrategien vorzuschlagen.